

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/07/2026

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2026,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:13 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete/r

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Jannik Gasde
Herr Uwe Gaumann
Herr Sven Gebauer
Herr Stefan Gertz
Herr Rolf Griesenberg
Frau Inga Jensen-Buchholz
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Frau Sophie von Hülsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley
Jules Niehus
Herr Henning Rohwedder

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Behindertenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Frau Sabrina-Nadine Blossey
Frau Yvonne Borgwardt
Herr Fabian Dorow
Herr Ulrich Kewersun
Herr André Nagel
Frau Petra Rogge
Frau Lena Soltau

Protokollführerin

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Stephan Lamprecht
Herr Wolfdietrich Siller

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/06/2026 vom 31.08.2026
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht
 - 7.2.2. Tag der offenen Tür im Klärwerk
 - 7.2.3. Aktuelle Situation im Rathaus
8. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensburg
Einnahme- und Ausgaberechnung 2025 sowie Einnahme- und Ausgabepläne für 2027 und 2028 **2026/079**
9. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde
Einnahme- und Ausgaberechnungen von 2023 bis 2025 **2026/083**
10. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde
Einnahme-Ausgabeplan für 2027/2028 **2026/084**
11. Durchführung Adventsmarkt auf dem Rondeel 2026 – 2028
- Grundsatzbeschluss **2026/078**
12. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2026 gem. § 82 GO **2026/058**

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 13. | Feststellung des Jahresabschlusses 2025 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg | 2026/077 |
| 14. | Gesamtabschluss zum 31.12.2024 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes | 2026/082 |
| 15. | Großräumige Installation von semitransparenten Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg | 2026/051/1 |
| 16. | Städtebauförderung - Maßnahmenplan 2026 / 2027 | 2026/075/1 |
| 17. | Aufhebung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer | 2026/081 |
| 18. | Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2026 | 2026/080/1 |
| 19. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO für die Beschaffung eines HLF 20 auf dem PSK 12600.0900002-615 für das Haushaltsjahr 2026 | 2026/096 |
| 20. | Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gem. § 82 GO für die Beschaffung von 2 Wechselladerfahrzeugen (WLF) auf dem PSK 12600.0900002 - 608 und -621 für das Haushaltsjahr 2026 sowie jeweils außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2027 | 2026/097 |
| 21. | Antrag der CDU-Fraktion zur Fortentwicklung und Präzisierung der Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Ahrensburg unter Einbeziehung der Stadtwerke Ahrensburg (AN/029/2026) | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Stukenberg begrüßt die Stadtverordneten, den Bürgermeister sowie die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter und Gäste. Er weist darauf hin, dass Bild- und Tonaufnahmen grundsätzlich nur unter den entsprechenden Voraussetzungen zulässig sind. Für die heutige Sitzung liegt kein Tagesordnungspunkt vor, bei dem eine generelle Aufzeichnung vorgesehen ist.

Anschließend werden den Geburtstagsjubilaren Glückwünsche ausgesprochen und mehrere Abmeldungen bekannt gegeben.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgervorsteher Stukenberg gibt gemäß § 35 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 8 Abs. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg den folgenden Beschluss aus nicht öffentlicher Sitzung bekannt:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.08.2026 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

Vorlage 2026/053/3 Beteiligungsangelegenheiten

Der Bürgermeister der Stadt Ahrensburg in seiner Funktion als Gesellschaftsvertreter der Stadtwerke Ahrensburg wird beauftragt im Rahmen von Sondierungsgesprächen die Möglichkeiten einer Stromnetzgesellschaft zu prüfen.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg erläutert die Vorgaben zur namentlichen Nennung im Protokoll und eröffnet die Einwohner-Fragestunde.

Frau Karin Dänekas, Einwohnerin Ahrensburgs, stellt Fragen zur Auswertung und Umsetzung einer früheren Sportumfrage sowie zur daraus hervorgegangenen Sportentwicklungsplanung. Sie regt unter anderem beleuchtete Laufmöglichkeiten im Winter an.

Weiterhin thematisiert sie ausführlich die Situation und Zukunft des badlantics, insbesondere Öffnungszeiten, Wasserqualität, Hygiene, technische Probleme, die wirtschaftliche Situation, mögliche Sanierungs- bzw. Neubaukonzepte sowie eine mögliche Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Vereinen. Sie bittet um Informationen zu den bisherigen Planungen und Gutachten und fragt nach einer möglichen Veröffentlichung der Ergebnisse der Sportumfrage.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Stadt künftig das Defizit des badlantics in Höhe von jährlich etwa 2,5 bis 3 Mio. Euro vollständig übernimmt. Zur Zukunft des Bades werde derzeit ein Interessenbekundungsverfahren vorbereitet, um ein wirtschaftlich tragfähiges Modell zu entwickeln. Auch eine mögliche Schließung des Freibades sei in früheren Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen bereits thematisiert worden.

Zur Sportumfrage erklärt er, dass deren Ergebnisse in die beschlossene Sportentwicklungsplanung eingeflossen seien. Für deren Umsetzung sei eine zusätzliche Stelle geschaffen worden. Die konkrete Veröffentlichung der Umfrageergebnisse werde geprüft und nachgereicht.

Zur wirtschaftlichen Zukunft des badlantics verweist er auf bereits erstellte Gutachten sowie die aktuelle Beratung durch eine auf Bäder spezialisierte Firma. Die entsprechenden Unterlagen seien im Ratsinformationssystem einsehbar bzw. würden im Rahmen der schriftlichen Beantwortung zur Verfügung gestellt.

Bürgermeister Stukenberg ergänzt, dass weiterhin ein Beschluss zum Neubau des badlantics als Ersatz für das bestehende Bad bestehe, dieser jedoch derzeit ausgesetzt sei. Aufgrund anderer prioritärer Bauvorhaben, begrenzter personeller Kapazitäten und der angespannten Haushaltslage seien die Planungen zurückgestellt worden. Die weitere Beratung erfolge öffentlich in den zuständigen Ausschüssen, insbesondere im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss sowie im Hauptausschuss.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt und die Einwohnerfragestunde somit geschlossen.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert die Ergänzung der Tagesordnung um zwei Tischvorlagen zur dringlichen Feuerwehrbeschaffung. Diese würden entfallen, sofern der Nachtragshaushalt beschlossen wird, und als TOP 19 und 20 aufgenommen werden. Zudem soll im nichtöffentlichen Teil ein Tagesordnungspunkt „Berichte des Bürgermeisters“ zu Personalangelegenheiten vor den Grundstücksangelegenheiten behandelt werden. Die Nichtöffentlichkeit wird mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten bzw. der Wahrung der Wirtschaftlichkeit bei Grundstücksgeschäften begründet.

Bürgermeister Boege begründet die Dringlichkeit der Tischvorlagen mit bereits entstandenen Zahlungsverpflichtungen sowie einer dringend erforderlichen Fahrzeugbeschaffung. Für das HLF 20 seien zudem Verpflichtungsermächtigungen für kommende Haushaltsjahre erforderlich. Die Beschlüsse seien erforderlich, sofern der Nachtragshaushalt nicht beschlossen werde.

Bürgervorsteher Stukenberg stellt klar, dass die genannten Feuerwehrvorlagen bereits in der geänderten Nachtragshaushaltsvorlage 2026/080/1 enthalten sind und bei Beschluss des Nachtragshaushalts entfallen.

Stadtverordneter Bellizzi (FDP) erläutert, dass die Verwaltung den nichtöffentlichen TOP „Grundstücksangelegenheit“ auf der Tagesordnung belassen möchte. Aus seiner Sicht besteht Klärungsbedarf hinsichtlich des Auftrags des Finanzausschusses. Er kündigt zugleich an, dass die FDP-Fraktion beantragen werde, hierzu in der Sitzung keinen Beschluss zu fassen.

Herr Bertram (CDU-Fraktion) beantragt aufgrund der kurzfristig zur Verfügung gestellten umfangreichen Unterlagen zum Nachtragshaushalt (TOP 18) Beratungsbedarf und die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Stadtversammlung Ende November. Zudem beantragt er eine namentliche Abstimmung.

Abstimmungen

1. Nichtöffentlichkeit:

Die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte zu Personal- und Grundstücksangelegenheiten wird **einstimmig beschlossen**.

2. Vertagung von TOP 18 (Nachtragshaushalt):

Die namentliche Abstimmung über die Vertagung ergibt

10 Ja-Stimmen,

16 Nein-Stimmen und

1 Enthaltung.

Die Liste der namentlichen Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Der Antrag auf Vertagung wird damit abgelehnt; TOP 18 bleibt auf der Tagesordnung.

3. Dringlichkeit der Vorlagen 2026/096 und 2026/097:

Die Aufnahme beider Vorlagen im Wege der Dringlichkeit wird jeweils **einstimmig** beschlossen.

4. Gesamte Tagesordnung:

Die geänderte Tagesordnung wird mit

20 Ja-Stimmen,

0 Nein-Stimmen und

7 Enthaltungen beschlossen.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/06/2026 vom 31.08.2026

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

--keine--

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht

Der Liquiditätsbericht Nr. 12/2026 ist als **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Tag der offenen Tür im Klärwerk

Bürgermeister Boege weist auf den Tag der offenen Tür im Klärwerk am 4. Oktober hin. Anlass ist das 30-jährige Bestehen des Eigenbetriebs. Zudem wurde auf die Versuchsanlagen der fünf Reinigungsstufen als besonderen Besichtigungsaspekt aufmerksam gemacht.

7.2.3. Aktuelle Situation im Rathaus

Bürgermeister Boege berichtet, dass aufgrund festgestellter erheblicher Baumängel kurzfristig mehrere Büros im Rathaus Mitte gesperrt werden mussten. Dadurch kann es in dieser Woche zu Einschränkungen bei der Erreichbarkeit für die Öffentlichkeit und teilweise auch für die Mitarbeitenden kommen. Es ist geplant, die Sperrungen bis zur kommenden Woche wieder aufzuheben. Bis dahin werden Mitarbeitende teilweise auf andere Büros verteilt oder ins Homeoffice geschickt. Sollte es zu Verzögerungen kommen, wird um Verständnis gebeten.

2026/079

8. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensburg Einnahme- und Ausgaberechnung 2025 sowie Einnahme- und Ausgabepläne für 2027 und 2028

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Die beigefügte Einnahme– und Ausgaberechnung für 2025 über das Sondervermögen der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensburg, wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).

Den beigefügten Einnahme- Ausgabeplänen für 2027 und 2028 wird zugestimmt (Anlage 2 und 3).“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2026/083

**9. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde
Einnahme- und Ausgaberechnungen von 2023 bis 2025**

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann gibt Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

„Die beigefügten Einnahme- und Ausgaberechnungen für 2023, 2024 und 2025 über das Sondervermögen der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1 - 3).

2026/084

**10. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde
Einnahme-Ausgabeplan für 2027/2028**

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Dem beigefügten Einnahme-Ausgabeplan für 2027/2028 wird zugestimmt (Anlage).“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**11. Durchführung Adventsmarkt auf dem Rondeel 2026 – 2028
- Grundsatzbeschluss**

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion hält als Berichterstatter für den Bau- und Planungsausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„In Ahrensburg wird auf dem Rondeel in den Jahren 2026 bis 2028 ein Adventsmarkt vom Ahrensburger Bürgerverein von 1874 e. V. ausgerichtet.

Es ist ein gesondert auf jedes Einzeljahr bezogener, konkreter Antrag auf Sondernutzung zu stellen und eine entsprechende Erlaubnis auf Basis der „Sondernutzungsatzung der Stadt Ahrensburg und deren Gebühren an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg“ zu erteilen.

Die Sondernutzungsgebühr wird ausschließlich auf die sonstigen Stände erhoben, nicht aber für die gemeinnützige Aktivität des Ahrensburger Bürgervereins.

Der Bauhof organisiert die Beschaffung eines Weihnachtsbaumes, wobei die anfallenden Kosten der Ahrensburger Bürgerverein übernimmt. Die Kosten für den Auf- und Abbau (inkl. Transport) trägt die Stadt Ahrensburg.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

12. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2026 gem. § 82 GO

Stadtverordneter Bellizzi von der FPD-Fraktion hält als Berichterstatter für den Finanzausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann gibt Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

„Die im 1. Halbjahr 2026 vom Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, von im Einzelfall bis 10.000 €, werden zur Kenntnis genommen. Sie betragen im investiven Bereich 492,52 € (Anlage 1) und im Ergebnishaushalt 15.000,00 € (Anlage 2).“

13. Feststellung des Jahresabschlusses 2025 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordneter Korte von der CDU-Fraktion hält als Berichterstatter für den Werkausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„1. Feststellung der Kennzahlen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 der Stadtbetriebe Ahrensburg wird mit den folgenden Kennzahlen festgestellt:

1.a Bilanzsumme	58.698.005,09€
1.b Summe der Erträge	11.032.897,26 €
1.c Summe der Aufwendungen	<u>10.965.053,77 €</u>
1.d Konsolidierter Jahresgewinn der beiden Betriebsteile	67.843,49€

2. Verwendung des Jahresergebnisses:

Das Jahresergebnis 2025 wird folgt verwendet:

Ausschüttung an den Haushalt der Stadt Ahrensburg:	67.843,49 €“
--	--------------

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

14. Gesamtabschluss zum 31.12.2024 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion hält als Berichterstatter für den Finanzausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„1. Der Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Ahrensburg zum 31.12.2024 wird gemäß § 93 Abs. 7 GO i. V. m. § 92 Abs. 3 Satz 1 GO wie folgt beschlossen:

- Gesamtbilanzsumme von 330.675.915,81
- Gesamtergebnisrechnung mit:
 - Gesamterträgen von 159.609.547,51
 - Gesamtaufwendungen von 158.470.947,01
- Gesamtjahresüberschuss von 1.138.600,48€

Ein Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt entsprechend § 93 Abs. 7 GO nicht.

2. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. Großräumige Installation von semitransparenten Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg

Stadtverordnete Dullweber von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion hält als Berichterstatterin für den Umweltausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliert Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Für die Verhandlungen und das weitere Verfahren soll sich die Verwaltung auf die drei wichtigsten Streckenabschnitte für die Installation von semitransparenten Wänden konzentrieren. Dies sind die Abschnitte ab zukünftigen U- und S-Bahnhof Ahrensburg West auf der nördlichen Gleisseite, der zentrale innerstädtische Bereich nördlich zwischen Lockschuppen und Manhagener Allee sowie südlich vom Anstieg zur Brückenstraße bis zur Manhagener Allee und der Bereich der Aue an der Bahntrasse und Lübecker Straße nordseitig. Als lageräumliche Abgrenzung der Abschnitte dient die Anlage.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

16. Städtebauförderung - Maßnahmenplan 2026 / 2027

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion hält als Berichterstatter für den Bau- und Planungsausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Dem Maßnahmenplan 2026 / 2027 für die Gesamtmaßnahme „Innenstadt / Schlossbereich“ des Städtebauförderprogramms „Lebendige Zentren“ und der Beantragung weiterer Zuwendungen i. H .v. 3.565.000 € wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

17. Aufhebung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer

Stadtverordneter Bellizzi von der FPD-Fraktion hält als Berichterstatter für den Finanzausschuss einen Sachvortrag. Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Die Aufhebungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Ahrensburg (Hebesatzsatzung) vom 26.11.2024 in der beigefügten Fassung (Anlage) wird beschlossen. Sie tritt rückwirkend zum 01.01.2026 in Kraft.“

Abstimmungsergebnis:	23	Dafür
	4	Dagegen

18. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2026

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion hält als Berichterstatter aus dem Finanzausschuss den Sachvortrag. Es ergeben sich folgende Wortbeiträge:

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP Fraktion berichtet über unterschiedliche Voten der Ausschüsse. Der Nachtragshaushalt bilde im Wesentlichen notwendige Anpassungen der Investitionsmittel an die tatsächliche Entwicklung ab. Kritisch sei jedoch, dass der im Frühjahr beschlossene Auftrag zur Vorlage konkreter Einspar- und Einnahmeverbesserungsvorschläge nicht umgesetzt worden sei. Die vorgelegte Liste freiwilliger Leistungen sei unvollständig und stelle keine ausreichende Umsetzung des Beschlusses dar. Die FDP werde dem Nachtragshaushalt daher nicht zustimmen.

Stadtverordneter Schäfer von der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU dem Nachtragshaushalt mehrheitlich zustimmen werde. Zwar sei der ursprüngliche Auftrag zur Haushaltskonsolidierung nicht vollständig erfüllt, die inzwischen vorgelegte Liste freiwilliger Leistungen ermögliche jedoch den Einstieg in die weitere politische Beratung. Die CDU erwarte, dass die beschlossenen Konsolidierungsziele im Haushalt 2027 berücksichtigt und die notwendigen Einsparungen weiter konkretisiert werden. Der Nachtrag sei zudem für die Abbildung der aktuellen Haushaltssituation und die weitere Haushaltsplanung erforderlich.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion kritisiert, dass die im Frühjahr zugesagten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erneut nicht rechtzeitig und nicht in der geforderten Form vorgelegt worden seien. Die vorgelegte Liste bleibe hinter früheren Unterlagen zurück. Einen wesentlichen Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung könne er nicht erkennen. Die SPD lehne den Nachtragshaushalt ab.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Verwaltung die geforderten Unterlagen ursprünglich rechtzeitig vorlegen wollte, dies jedoch aufgrund unvorhergesehener und dringlicher Aufgaben im Beteiligungsbereich nicht möglich gewesen sei. Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen hätten andere Aufgaben zurückgestellt werden müssen. Er räumt ein, dass die Kommunikation gegenüber dem Finanzausschuss früher und klarer hätte erfolgen müssen. Der Nachtragshaushalt bilde die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ab und sei insbesondere für die weitere Haushaltsplanung von Bedeutung. Er bittet um Zustimmung.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion bezeichnet den Nachtragshaushalt als im Wesentlichen technischen Vorgang zur Anpassung des Haushalts an die tatsächlichen Entwicklungen. Die politische Entscheidung über Einsparungen sei Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung und könne nicht an die Verwaltung delegiert werden. Die vorgelegte Liste freiwilliger Leistungen solle in die anstehenden

Haushaltsberatungen einbezogen werden. Er spricht sich für die Zustimmung zum Nachtrag aus.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion betont, dass der politische Auftrag zur Haushaltskonsolidierung unabhängig vom technischen Nachtragshaushalt bestehe. Kritisiert wird insbesondere, dass bislang keine konkreten Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung vorgelegt worden seien. Er befürchtet eine weitere Verschärfung der finanziellen Situation und lehnt den Nachtragshaushalt ab.

Stadtverordnete Ebert von der SPD-Fraktion kritisiert, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlage von Konsolidierungsmaßnahmen aus ihrer Sicht nicht ernst genommen und die Stadtverordneten zu spät informiert worden seien. Die kurzfristig vorgelegte und zudem unvollständige Liste freiwilliger Leistungen verlagere die Verantwortung für konkrete Kürzungen auf die Politik. Sie spricht sich gegen die Zustimmung zum Nachtragshaushalt aus.

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion erläutert den bisherigen Weg der CDU zur Haushaltskonsolidierung und stellt Verständnisfragen zur Einbindung der Dringlichkeitsvorlagen 2026/096 und 2026/097 in den Nachtragshaushalt. Nach entsprechender Erläuterung durch Bürgervorsteher Stukenberg stellt er fest, dass sich die Fragen durch die Aufnahme der Mittel in den Nachtrag erledigen. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht. Sodann verliert Bürgervorsteher Stukenberg den nachstehenden Beschlussvorschlag:

„Der I. Nachtragshaushaltssatzung 2026, in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Die Verpflichtungsermächtigen (VE) erhöhen sich im Jahr 2026 von 105.256.000 € auf 110.154.000 € (vgl. Anlage 4).“

Er lässt über den Beschlussvorschlag namentlich wie folgt abstimmen. Die Liste der Namentlichen Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Abstimmungsergebnis:	17	Dafür
	10	Dagegen
	0	Enthaltungen

Bürgervorsteher Stukenberg weist anschließend daraufhin, dass damit die Vorlagen **2026/096 und 2026/097** aufgrund ihrer inhaltlichen Berücksichtigung im Nachtragshaushalt erledigt sind und von der Verwaltung zurückgezogen werden.

2026/096

- 19. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO für die Beschaffung eines HLF 20 auf dem PSK 12600.0900002-615 für das Haushaltsjahr 2026**

Die Vorlage 2026/096 wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da diese in der Vorlage 2026/080/1 zum I. Nachtragshaushalt enthalten war und diese mehrheitlich beschlossen wurde.

2026/097

- 20. Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gem. § 82 GO für die Beschaffung von 2 Wechselladerfahrzeugen (WLF) auf dem PSK 12600.0900002 - 608 und -621 für das Haushaltsjahr 2026 sowie jeweils außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2027**

Die Vorlage 2026/096 wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da diese in der Vorlage 2026/080/1 zum I. Nachtragshaushalt enthalten war und diese mehrheitlich beschlossen wurde.

21. **Antrag der CDU-Fraktion zur Fortentwicklung und Präzisierung der Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Ahrensburg unter Einbeziehung der Stadtwerke Ahrensburg (AN/029/2026)**

Stadtverordneter Gaumann für die CDU-Fraktion als Berichterstatter des Umweltausschusses hält den Sachvortrag und erläutert die Entstehung und Zielsetzung des Antrags zur kommunalen Wärmeplanung. Die Stadt Ahrensburg befindet sich bereits seit 2023 im Prozess der kommunalen Wärmeplanung; parallel haben die Stadtwerke eine vertiefte Analyse zur zukünftigen Wärmeversorgung erstellt. Beide Prozesse unterscheiden sich in ihrer Zielsetzung, liefern jedoch ergänzende Erkenntnisse.

Mit dem Antrag solle keine neue Wärmeplanung oder ein neues Gutachten beauftragt werden. Vielmehr sollen die vorhandenen Erkenntnisse der Stadtwerke mit der bestehenden kommunalen Wärmeplanung abgeglichen, wesentliche Unterschiede und deren Auswirkungen dargestellt und die neuen Erkenntnisse in die weitere strategische Wärmeplanung einbezogen werden.

Stadtverordneter Gaumann betont insbesondere die Bedeutung von **Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern**, da die Wärmeplanung eine wichtige Orientierung für zukünftige Entscheidungen und Investitionen darstelle. Die vorhandenen Erkenntnisse sollten daher zeitnah zusammengeführt und verständlich aufbereitet werden.

Der ursprünglich umfangreichere Antrag wurde nach Beratung im Umweltausschuss bewusst auf die wesentlichen Punkte reduziert. Die Ergebnisse sollen anschließend erneut der Politik vorgelegt und grundsätzlich mit den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen erarbeitet werden.

Er berichtet abschließend, dass der Umweltausschuss den Antrag mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme empfohlen habe, und bittet die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

Es ergibt sich nachstehender Wortbeitrag.

Stadtverordnete Dullweber von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion erläutert, dass die Fraktion dem Antrag auch heute nicht zustimmen werde. Die bestehenden Abweichungen zwischen den Stadtwerken und der kommunalen Wärmeplanung betreffen nur wenige, räumlich begrenzte Gebiete. Eine belastbare Konkretisierung sei erst im Rahmen der noch ausstehenden Machbarkeitsstudien möglich. Die Erkenntnisse der Stadtwerke seien bereits in die bisherige kommunale Wärmeplanung eingeflossen. Da die nächsten konkreten Entscheidungen ohnehin erst in etwa eineinhalb bis zwei Jahren anstünden, bestehe aus Sicht der Fraktion derzeit kein weiterer Handlungsbedarf. Eine weitere Bearbeitung des Antrags sei daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht, sodann verliert Bürgervorsteher Stukenberg den Antrag, der wie folgt lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der vertieften Analyse der Stadtwerke Ahrensburg den Annahmen und Ergebnissen der bestehenden Kommunalen Wärmeplanung gegenüberzustellen, wesentliche Unterschiede und deren mögliche Auswirkungen darzustellen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die weitere strategische Wärmeplanung der Stadt Ahrensburg einfließen zu lassen.

Dabei ist nachvollziehbar darzustellen, welche neuen Erkenntnisse in die Fortentwicklung eingeflossen sind. Das Ergebnis ist zunächst dem Umweltausschuss und anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Fortentwicklung soll grundsätzlich mit vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen erfolgen. Eine externe Neuvergabe ist nicht vorgesehen.“

Abstimmungsergebnis:	15	Dafür
	8	Dagegen
	4	Enthaltungen

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Yvonne Borgwardt
Protokollführerin